

Zwangsarbeiter: DVD-Kauf abgelehnt

STADTRAT Die Aufnahme von Darlehen ist bis Ende des Jahres noch erforderlich.

MAXHÜTTE-HAIDHOF. Das Angebot der „Projektgruppe Zwangsarbeit“, den Katalog zur Ausstellung in der Hütten-schänke per DVD zu veröffentlichen, hat der Stadtrat einstimmig abgelehnt. Bürgermeisterin Dr. Susanne Plank hatte über den Sachverhalt informiert. Da ein gedruckter Katalog erhebliche Kosten verursachen würde, habe die Stadt Teublitz den Vorstoß unternommen stattdessen die Ausstellung auf DVD zusammenzustellen.

Das Angebot der Projektgruppe beauftragt sich auf 4945 Euro (brutto). Letztlich habe der Stadtrat in Teublitz beschlossen, den Ankauf zu tätigen, wenn sich Burglengenfeld und Maxhütte-Haidhof am Erwerb beteiligen. Der Wermutstropfen an der Sache: Die Lizenz für die DVD gelte nur für fünf Jahre. Wegen dieser eingeschränkten Lizenz habe auch der Finanzausschuss in seiner Vorberatung den Ankauf abgelehnt. Dieser Entscheidung folgte der Stadtrat. Die Bürgermeisterin informierte noch darüber, dass sie von Bürgern angesprochen worden sei, die

das Thema Zwangsarbeit weiter verfolgen wollten, sodass es sicher nicht in Vergessenheit gerate.

Abgesetzt von der Tagesordnung wurde die vierte qualifizierte Änderung des Bebauungsplans „Maxhütte-Ost III“. Der Antrag auf die Änderung war zurückgezogen worden.

Die UWM-Fraktion benannte für die Ausschüsse zweite Vertreter. Das sind im Haupt- und Finanzausschuss Josef Schmid und Johann Seebauer, im Bau-, Umwelt- und Werksausschuss Josef Schmid und Hans Jäckl, im Verkehrsausschuss Rudolf Seidl und Hans Jäckl sowie im Rechnungsprüfungsausschuss Hans Jäckl. Dem stimmte das Gremium einmütig zu.

Neben den Kindertagesstätten im Stadtgebiet gibt es die Möglichkeit der qualifizierten Tagespflege durch Tagesmütter. Derzeit sind in der Stadt drei Tagesmütter anerkannt. Seit September wird nur noch ein Kind betreut, so die Bürgermeisterin. Empfohlen werde vom Kreisjugendamt, zehn Plätze als bedarfsnotwendig anzuerkennen, für den Fall, dass im Lauf des Jahres weitere Kinder dazukommen. Dem folgte der Stadtrat einmütig.

Eine gute Nachricht gibt es für Vereine. Der Kreisjugendring hat seine

Richtlinien überarbeitet. Die zentrale Veränderung besteht laut Dr. Plank darin, dass es nun möglich ist, bei Vereinen, die mehrere Sparten haben, einen Zuschussantrag je Sparte zu stellen. Bisher konnte nur je Verein ein Antrag gestellt werden. Diese und weitere redaktionelle Änderungen übernahm der Stadtrat einstimmig in die örtlichen Richtlinien zur Gewährung von Zuschüssen für die Jugendarbeit.

Im Rahmen der Bekanntgaben verwies die Bürgermeisterin auf den Stand des Haushaltes 2010. Kämmerer Karl-Peter Würstl musste die Freude darüber, dass bei der Darlehnsaufnahme noch eine Null steht allerdings bremsen und teilte mit, dass die Aufnahme von Darlehen bis zum Ende des Jahres sicher notwendig werde.

Dr. Plank informierte darüber, dass die Klage gegen den Freistaat Bayern wegen der Verfüllung der Grube Verau zurückgenommen wird. Inzwischen liege ein Bescheid vor, der alle Bedenken des Wasserwirtschaftsamtes hinsichtlich des Wasserschutzes berücksichtige. „Offenbar wollen unsere Bürger kein Geld“, so der Stand der Umsatzsteuerrückerstattung in Sachen Beiträge Wasser. Trotz mehrfacher Information im Mitteilungsblatt auf der

BREITBANDVERSORGUNG

► **Neues in Sachen Breitbandversorgung** hatte Bürgermeisterin Dr. Susanne Plank von der Dienstversammlung am Landratsamt mitgebracht. Für Maxhütte-Haidhof werde es nach aktuellem Stand den angekündigten zweiten Ausbauschritt nicht geben. Das bedeute, dass es in Teilen des Stadtgebietes nach wie vor keine zufriedenstellende Breitbandversorgung geben werde.

► **Die Bürgermeisterin** berichtete, dass der Markt Regenstauf mit der Firma EKT gute Erfahrungen gesammelt hat. Die Kosten seien dort allerdings wesentlich höher, als das Angebot von MVOX. So schlug Dr. Plank vor, von der Firma EKT für 4000 Euro eine Studie zur Versorgung des Stadtgebietes in Auftrag zu geben, was im Stadtrat allgemein auf Zuspruch traf. (bxh)

Homepage und in der MZ meldeten sich nur wenige Bürger, die einen Erstattungsanspruch haben. So bleibe nur das Stadtgebiet straßenweise abzuarbeiten, wenn man wirklich allen Bürgern ihr Geld zurückzahlen wolle. Voraussichtlich wird der Vorgang noch bis zu sechs Monaten dauern.